



FRAGEN UND ANTWORTEN ZUM BERICHT

«[‘YOU FEEL LIKE YOU ARE SUBHUMAN’: ISRAEL’S GENOCIDE AGAINST PALESTINIANS IN GAZA](#)»

1. Wie lautet die Definition von Völkermord?

Laut [der Völkermordkonvention](#) bedeutet Völkermord «eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören»:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Damit ein Völkermord als solcher qualifiziert werden kann, muss er mit Absicht begangen werden. Der Vorsatz kann auf der Grundlage direkter Beweise oder auf der Grundlage indirekter Beweise oder Indizien beurteilt werden. Dazu gehören der allgemeine Kontext, in dem die verbotenen Handlungen begangen wurden, das Vorhandensein von Verhaltensmustern; der Umfang und der vermutete systematische Charakter der verbotenen Handlungen; sowie der Umfang, die Art, das Ausmass und der Grad der Opfer und des Schadens, die der geschützten Gruppe zugefügt wurden.

2. Was sind die Ergebnisse von Amnesty International und was sind die Hauptargumente dafür?

Amnesty International kommt aufgrund der gesammelten Beweise zu dem Schluss, dass Israel nach dem 7. Oktober 2023 durch seine Politik, seine Handlungen und Unterlassungen einen Völkermord an den Palästinenser*innen im Gazastreifen begangen hat und weiterhin begeht. Die forensische Dokumentation ergab, dass Israel die nach der Völkermordkonvention verbotenen Handlungen mit der konkreten Absicht beging, die Palästinenser*innen im Gazastreifen zu vernichten. Diese bilden einen wesentlichen Teil der palästinensischen Bevölkerung, die wiederum eine durch die Völkermordkonvention geschützte Gruppe darstellen.

Der Bericht von Amnesty International konzentriert sich auf drei der fünf in der Völkermordkonvention verbotenen Handlungen:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe,
- Zufügen von schweren seelischen und körperlichen Schäden
- Vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die physische Zerstörung der Gruppe ganz oder teilweise herbeizuführen.

Der Bericht zeigt auf, wie Israel den Palästinenser*innen im Gazastreifen Lebensbedingungen auferlegt hat, die auf deren Vernichtung abzielen, und zwar in dreifacher Hinsicht: durch die weitreichende Beschädigung und Zerstörung kritischer Infrastruktur, durch wiederholte Wellen von Massenvertreibungen unter unsicheren und unmenschlichen Bedingungen und durch die Behinderung oder Einschränkung des Zugangs und der Lieferung lebensrettender Güter, humanitärer Hilfe und grundlegender Dienstleistungen im Gazastreifen – all diese Handlungen geschahen gleichzeitig und ohne Unterbrechung und verstärkten sich gegenseitig. Anhand einer detaillierten Untersuchung von 15 Luftangriffen und einer

Auswertung von Analysen anderer Organisationen, die sich unter anderem auf Israels Einsatz schwerer Waffen in dicht besiedelten städtischen Gebieten konzentrierten, wird ausserdem aufgezeigt, wie Israels Bombardierung des Gazastreifens absichtlich eine sehr hohe Zahl von Todesopfern und Verletzten unter der Zivilbevölkerung verursachte.

3. Wie beweist Amnesty, dass es eine «Absicht» gibt, die Gruppe zu zerstören?

Der Bericht von Amnesty International untersucht die Gesamtheit der verfügbaren Beweise auf ganzheitliche Weise, um zu beurteilen, ob Israel verbotene Handlungen mit der Absicht begangen hat, die Palästinenser*innen im Gazastreifen als solche zu vernichten. Die Analyse des Berichts folgt der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zum Völkermord, die sich wiederum auf die Rechtsprechung der internationalen Strafgerichte stützt. Nach der Rechtsprechung kann der Vorsatz zum Völkermord auf der Grundlage direkter Beweise beurteilt werden oder, falls diese fehlen, aus indirekten oder Indizienbeweisen abgeleitet werden. Um Israels spezifische Absicht, die Palästinenser*innen im Gazastreifen physisch zu vernichten, nachzuweisen, hat Amnesty International Folgendes geprüft:

- das allgemeine Verhaltensmuster Israels in Gaza,
- Entmenschlichende und genozidale Äusserungen von israelischen Regierungs- und Militärvertretern,
- das israelische [Apartheidsystem](#), die unmenschliche Blockade des Gazastreifens und die seit 57 Jahren andauernde unrechtmässige [militärische Besetzung](#) der palästinensischen Gebiete (Westjordanland, einschliesslich Ost-Jerusalem, und Gazastreifen).

Amnesty International analysierte das allgemeine Verhaltensmuster des Staates Israel im Gazastreifen, insbesondere die wiederholten direkten Angriffe auf Zivilist*innen und zivile Objekte und die absichtlich wahllosen Angriffe, das Ausmass und die Geschwindigkeit der Schäden und Zerstörungen an palästinensischen Häusern, Unterkünften, Gesundheitseinrichtungen, Wasser- und Abwasserinfrastrukturen, landwirtschaftlichen Flächen und Kulturgütern, die Zahl der zivilen Opfer, den wiederholten Einsatz von Sprengwaffen mit grossflächiger Wirkung in dicht besiedelten Wohngebieten, den wiederholten Einsatz von pauschalen und oft irreführenden «Evakuierungs»-Befehlen; Folter und Isolationshaft von Palästinenser*innen aus dem Gazastreifen und die ständige Weigerung, angemessene humanitäre Hilfe nach Gaza zu lassen. Sie betrachtete all diese Faktoren im weiteren Kontext des israelischen Apartheidsystems, der rechtswidrigen Besetzung des palästinensischen Gebiets und der rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens, die die Palästinenser*innen unterdrückt und unermessliches menschliches Leid verursacht hat.

Amnesty International hat 102 Erklärungen von israelischen Regierungs- und Militärvertreter*innen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. Juni 2024 überprüft, in denen Palästinenser*innen entmenschlicht wurden und in denen zu völkermörderischen Handlungen oder anderen Verbrechen gegen sie aufgerufen oder diese gerechtfertigt wurden. Darunter befanden sich 22 Erklärungen hochrangiger Beamter, die mit der Leitung der Offensive betraut waren und mutmasslich zu genozidalen Handlungen aufriefen oder diese rechtfertigten, was einen direkten Beweis für völkermörderische Absichten darstellt.

Der Bericht wendet den vom IGH angewandten Standard der «einzigsten vernünftigen Schlussfolgerung» an, um aus einem Verhaltensmuster auf einen Vorsatz zu schliessen. Trotz des erklärten militärischen Ziels Israels, die Hamas zu besiegen und die Geiseln zu befreien, besagt das Völkerrecht, dass ein Staat mit völkermörderischer Absicht handeln und gleichzeitig weitere Ziele verfolgen kann. Selbst wenn Israel militärische Ziele verfolgte, deutet die Gesamtheit der Beweise darauf hin, dass die einzige vernünftige Schlussfolgerung, die aus dem Verhaltensmuster Israels im Gazastreifen gezogen werden kann, darin besteht, dass Israel auch die Palästinenser*innen im Gazastreifen als solche vernichten wollte. Dies bedeutet, dass die israelische Militäroffensive und die damit verbundenen Handlungen und Unterlassungen im Gazastreifen in völkermörderischer Absicht durchgeführt wurden.

4. Wie hat Amnesty International diese Untersuchung durchgeführt?

Der umfassende, 296-seitige Bericht stützt sich auf das von Amnesty International dokumentierte Verhaltensmuster Israels im Gazastreifen. Die Untersuchungen erfolgten sowohl vor Ort als auch aus der Ferne. Die Organisation befragte 212 Personen. Darunter waren Palästinenser*innen, die Opfer und Zeug*innen von Luftangriffen, Vertreibung und Inhaftierung, sowie der Zerstörung von Bauernhöfen, Häusern, landwirtschaftlichen Flächen und ziviler Infrastruktur wurden. Ausserdem sprach Amnesty International mit Menschen, die mit den Auswirkungen der israelischen Beschränkungen von humanitärer Hilfe konfrontiert sind. Um die Sorgen hinsichtlich des Zugangs zu humanitärer Hilfe und bezüglich der Lebensbedingungen im Gazastreifen zu verstehen, sprach Amnesty International auch mit Vertreter*innen der lokalen Behörden, mit palästinensischem Gesundheitspersonal, das in medizinischen Einrichtungen im Gazastreifen arbeitet, und mit Personen, die an humanitären Hilfsmassnahmen beteiligt sind.

Amnesty International analysierte ausserdem eine Vielzahl visueller und digitaler Beweise – darunter Satellitenbilder, Videomaterial und Fotos – und überprüfte zahlreiche Stellungnahmen, Datensätze und Berichte israelischer und palästinensischer Menschenrechtsgruppen, Uno-Agenturen und humanitärer Organisationen, die im Gazastreifen tätig sind.

Auch wurden Aussagen von hochrangigen Angehörigen der israelischen Regierung und des Militärs sowie von offiziellen israelischen Institutionen ausgewertet.

Trotz wiederholter Bemühungen, israelische Ministerien und Regierungsstellen über mehrere Monate hinweg im Zuge der Recherchen zu erreichen, hatte Amnesty International bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung keine Antwort von den israelischen Behörden erhalten.

5. Warum veröffentlichen Sie es jetzt und was wollen Sie damit erreichen?

Israels brutale und unerbittliche Offensive im Gazastreifen dauert nun schon mehr als ein Jahr an. Was die Zahl der Opfer und die Zerstörung angeht, so ist er in seinem Ausmass, seiner Geschwindigkeit und seiner Schwere beispiellos. Doch noch immer ist kein Waffenstillstand in Sicht und kein Ende des unermesslichen menschlichen Leids, das sich vor unseren Augen abspielt, in Sicht.

Unsere Erkenntnisse müssen als Weckruf an die internationale Gemeinschaft dienen: Dies ist ein Völkermord, und er muss jetzt aufhören! Mit der Veröffentlichung dieses Berichts will Amnesty International dazu beitragen, den anhaltenden Genozid im Gazastreifen zu stoppen und die Dringlichkeit eines Waffenstillstands zu bekräftigen. Längerfristig sollen Massnahmen unterstützt werden, die darauf abzielen, Verbrechen nach internationalem Recht, einschliesslich Völkermord, und andere schwere Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen und den Opfern und Überlebenden Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu verschaffen.

Staaten, die weiterhin Waffen an Israel liefern müssen wissen, dass sie ihre Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord verletzen und Gefahr laufen, sich zum Komplizen eines Genozids zu machen.

6. Hat Israel nicht das Recht, sich zu verteidigen? Kann Israels Verhalten in Gaza nicht so erklärt werden, dass es darauf abzielt, die von der Hamas ausgehende Bedrohung zu zerstören, anstatt die Palästinenser*innen in Gaza zu vernichten?

Nach dem Völkerrecht kann es keine Rechtfertigung für internationale Verbrechen wie Völkermord geben. Israel ist nach dem Völkerrecht verpflichtet, alle Menschen zu schützen, die seiner Rechtsprechung unterliegen oder unter seiner tatsächlichen Kontrolle stehen, auch im besetzten Gebiet – ob Palästinenser*innen oder Israelis. Massnahmen, die im Namen der Sicherheit ergriffen werden, müssen mit dem Völkerrecht vereinbar sein und in einem angemessenen Verhältnis zur Bedrohung stehen.

Im Laufe der Jahre hat sich Israel wiederholt auf die Sicherheit berufen, um schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser*innen zu rechtfertigen. Es hat eine illegale

Blockade des Gazastreifens verhängt, die Zivilbevölkerung kollektiv bestraft und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser*innen im Westjordanland massiv eingeschränkt. Die Bedrohung der eigenen Sicherheit kann niemals einen Völkermord in Gaza oder die Auferlegung eines Apartheidsystems über die Palästinenser*innen rechtfertigen.

Israel behauptet, dass seine Aktionen in Gaza rechtmässig seien und durch sein militärisches Ziel, die Hamas auszulöschen, gerechtfertigt werden können. Doch unabhängig davon, ob Israel die Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza als Mittel zur Zerstörung der Hamas oder als akzeptables Nebenprodukt dieses Ziels ansieht: Die Betrachtung der Palästinenser*innen als entbehrliche und nicht schützenswerte Gruppe ist an sich schon ein Beweis für genozidale Absichten. Die Betrachtung der Zielgruppe als minderwertige Menschen, die keinen Schutz verdienen, ist in der Tat ein wiederkehrendes Merkmal von Völkermord.

Die von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen am 7. Oktober im Süden Israels begangenen brutalen Kriegsverbrechen, darunter vorsätzliche Massentötungen und Geiselnahmen, können niemals Israels Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza rechtfertigen.

7. Was hat Amnesty International zu den Kriegsverbrechen gesagt, die von der Hamas und anderen palästinensischen Gruppen am 7. Oktober 2023 begangen wurden?

Amnesty International hat die von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen am 7. und 8. Oktober 2023 in Israel verübten Übergriffe und grausamen Verbrechen unmissverständlich verurteilt. In einer [Pressemitteilung, die nur wenige Tage nach den Angriffen veröffentlicht wurde](#), hob die Menschenrechtsorganisation hervor, wie die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht verstossen und eine erschreckende Missachtung menschlichen Lebens an den Tag gelegt haben, indem sie grausame und brutale Verbrechen verübten, darunter vorsätzliche Tötungen, Geiselnahmen und wahllose Raketenangriffe auf Israel. Amnesty International forderte, dass die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen für diese Verbrechen nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Organisation überprüfte erschreckendes Videomaterial, das zeigt, wie bewaffnete Männer auf Zivilist*innen schießen und Menschen als Geiseln verschleppen. Amnesty International hat immer wieder die sofortige, bedingungslose und unverletzte Freilassung aller zivilen Geiseln gefordert. Sie hat auch gefordert, dass alle anderen Gefangenen human behandelt und internationale Beobachter*innen Zugang zu ihnen erhalten.

Die umfassendere Untersuchung von Amnesty International zu den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 und deren Folgen ist noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen dieser Untersuchung werden wir das gesamte Ausmass und die Breite der von der Hamas und anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen im Süden Israels begangenen Verbrechen untersuchen.

8. Was sollte die internationale Gemeinschaft jetzt tun?

Unsere Ergebnisse müssen ein Weckruf für die internationale Gemeinschaft sein: Dies ist ein Völkermord, und er muss jetzt aufhören. Wir veröffentlichen diesen Bericht, um dazu beizutragen, den laufenden Völkermord zu stoppen und die Dringlichkeit eines Waffenstillstands zu bekräftigen.

Staaten, die weiterhin Waffen an Israel liefern, müssen wissen, dass sie ihre Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord verletzen und Gefahr laufen, sich zu Komplizen eines Völkermords zu machen.

Amnesty International fordert Israel auf, seinen Völkermord im Gazastreifen sofort zu beenden und voll und ganz mit dem Verfahren vor dem IGH zu kooperieren. Insbesondere fordern wir Israel auf, allen vom IGH seit dem 26. Januar 2024 angeordneten vorläufigen Massnahmen unverzüglich und vollständig nachzukommen, indem es u.a. dringende Schritte zur drastischen Verbesserung der humanitären Lage in Gaza unternimmt, unabhängigen internationalen Untersuchungsgremien sofortigen und ungehinderten Zugang zu Gaza gewährt und wirksame Massnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass alle

Beweise im Zusammenhang mit Völkermord und anderen Verbrechen nach internationalem Recht gesichert werden.

In der Zwischenzeit müssen die Staaten über blosser Äusserungen des Bedauerns oder der Bestürzung hinausgehen und energische Massnahmen ergreifen, um Israel zu drängen, alle Akte des Völkermords in Gaza zu beenden und alle vom IGH seit dem 26. Januar 2024 angeordneten vorläufigen Massnahmen umzusetzen.

Die Staaten müssen unverzüglich alle Waffentransfers an Israel aussetzen und die Bereitstellung von Ausbildung und anderer militärischer und sicherheitspolitischer Unterstützung einstellen. Die Staaten müssen handeln, um Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für alle mutmasslichen Verbrechen nach dem Völkerrecht, einschliesslich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, zu gewährleisten, indem sie die universelle oder andere Formen der extraterritorialen Strafgerichtsbarkeit ausüben.

Die Staaten müssen auch auf die den Palästinenser*innen zugefügten Gräueltaten reagieren, indem sie Druck auf Israel ausüben, damit es seine rechtswidrige Besetzung des Gazastreifens und der übrigen besetzten palästinensischen Gebiete im Einklang mit dem Gutachten des IGH vom Juli 2024 beendet. Israel muss seine rechtswidrige Blockade des Gazastreifens aufheben unter der die palästinensische Bevölkerung bereits vor dem 7. Oktober 2023 über 16 Jahre lang gelitten hat. Ein solcher Systemwechsel ist zwingend erforderlich, um Israels völkerrechtlichen Verbrechen im besetzten palästinensischen Gebiet ein Ende zu setzen und weitere Völkermordtaten zu verhindern.